



**Benjamin Baumgart**

Referent für Grundsatzfragen und  
Öffentlichkeitsarbeit

Ruschestr. 103, Haus 1  
10365 Berlin

Telefon 030/55779620  
Telefax 030/55779340

baumgart@uokg.de  
www.uokg.de

**Stefanie Wahl**

Medien- und Öffentlichkeitsarbeit

Hegelallee 3  
14467 Potsdam

Telefon 0331 / 23 72 92 - 16  
Telefax 0331 / 23 72 92 - 29

stefanie.wahl@lakd.brandenburg.de  
www.aufarbeitung.brandenburg.de

## Pressemitteilung Nr. 3 vom 16. März 2021

### **Zur schwierigen sozialen Lage vieler ehemals politisch Verfolgter und ihrer Angehörigen: Dr. Maria Nooke (Aufarbeitungsbeauftragte) und Dieter Dombrowski (Vorsitzender der UOKG) fordern ein Älterwerden in Würde**

Auf einer digitalen Veranstaltung diskutierten heute die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD) und die Union der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) die „Studie zu aktuellen Lebenslagen von Menschen und deren Familien, die in der SBZ /DDR politisch verfolgt wurden oder Unrecht erlitten und im Land Brandenburg wohnen (Sozialstudie)“.

Der Soziologe Dr. Dominikus Vogl vom Berliner Institut für Sozialforschung erläuterte einleitend die Ergebnisse der Studie. Niedrige Einkommen, gesundheitliche Schäden und häufig lange Anerkennungsverfahren belasten die Betroffenen bis heute.

An der digitalen Veranstaltung nahmen Mitglieder von Opferverbänden, in der DDR politisch Verfolgte, Fachleute und interessierte Bürgerinnen und Bürger teil. Auch 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution besteht großes Interesse, mehr über die aktuelle Lebenssituation der Betroffenen und ihrer Angehörigen zu erfahren und über Lösungsmöglichkeiten zu sprechen.

Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Dr. Maria Nooke, forderte bessere materielle Bedingungen und Teilhabemöglichkeiten für diejenigen, die in der DDR den Mut hatten, sich für Freiheit und Rechtsstaatlichkeit einzusetzen, dafür in der SBZ/DDR verfolgt wurden und Unrecht erfahren mussten: „Die Sozialstudie zeigt genau die bestehenden Gerechtigkeitslücken, die infolge der politischen Verfolgung und des Unrechts für die Betroffenen entstanden sind. Diese Lücken gilt es zu schließen, um wenigstens einen Teil der Folgeschäden und dadurch entstandenen Nachteile zu mildern.“

Der Bundesvorsitzende der UOKG, Dieter Dombrowski, begrüßt die Studie und betont die Bedeutung der vorliegenden Ergebnisse. "Die Sozialstudie hat lange auf sich warten lassen, aber nun ist sie da und schafft Klarheit über die Situation der Opfer von SBZ und DDR und deren Hinterbliebene im Land Brandenburg. Es sollte Politik und Gesellschaft betroffen machen, dass SED-Opfer doppelt so häufig von Krankheiten und wirtschaftlicher Not wie die Durchschnittsbevölkerung in Brandenburg betroffen sind und dass diese Bevölkerungsgruppe andererseits aber zufriedener mit der Demokratie in Deutschland ist."

Die Sozialstudie ist unter <https://aufarbeitung.brandenburg.de/themen/sozialstudie/> abrufbar.